

Fuest, Clemens

Article

Die Zukunft der EU: Resilienz stärken, wirtschaftliche Integration vertiefen, europäische öffentliche Güter bereitstellen

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Fuest, Clemens (2021) : Die Zukunft der EU: Resilienz stärken, wirtschaftliche Integration vertiefen, europäische öffentliche Güter bereitstellen, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 74, Iss. 07, pp. 40-42

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/250796>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Clemens Fuest

Die Zukunft der EU: Resilienz stärken, wirtschaftliche Integration vertiefen, europäische öffentliche Güter bereitstellen

DIE AGENDA AUF EINEN BLICK

Die sozialen Sicherungssysteme müssen reformiert werden, damit sie im demografischen Wandel finanzierbar bleiben. Es gilt, das Erwerbspersonenpotenzial auf dem Arbeitsmarkt besser auszuschöpfen. Durch eine Verbesserung der Kindertagesbetreuung und den Umbau des Ehegattensplittings sollte die Politik insbesondere die Frauen- und Müttererwerbstätigkeit fördern. Um Anreize für Arbeitnehmer*innen im Niedrigeinkommenssegment zu schaffen, müssen die bestehenden Hartz-IV-Hinzuverdienstregelungen ausgeweitet und die hohen Grenzbelastungen beim Hinzuverdienst reduziert werden. So könnte der zukünftige fiskalische Spielraum erhöht und für mehr Gleichberechtigung und Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt gesorgt werden.

Die Corona-Pandemie hat Stärken und Schwächen vieler Organisationen und Institutionen offengelegt. Das gilt auch für die Europäische Union. Pandemien sind ein Musterbeispiel für Krisen, die nicht an Grenzen halt machen. Daher besteht erheblicher Bedarf an Koordinierung und grenzüberschreitender politischer, wirtschaftlicher und medizinischer Zusammenarbeit. In Europa sollte der EU dabei eine zentrale Rolle zukommen. Vor allem in der frühen Phase der Pandemie hat sich gezeigt, dass die EU nicht darauf vorbereitet war, diese Rolle zu spielen.



Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Fuest

ist Präsident des ifo Instituts und Professor für Volkswirtschaftslehre, Seminar für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

EFFEKTIVERES KRISENMANAGEMENT DURCH EUROPÄISCHE KOORDINATION ENTWICKELN

Im Frühjahr 2020 haben die Mitgliedstaaten ohne Koordinierung Grenzen geschlossen und damit nicht nur für den Gesundheitsschutz notwendige Reisebeschränkungen erwirkt, sondern auch Lieferungen zwischen Unternehmen und Wertschöpfungsketten unterbrochen, obwohl das zur Pande-

miebekämpfung nicht erforderlich war. Das brachte erhebliche Kosten nicht nur für die Wirtschaft des jeweils handelnden Landes mit sich, auch die Wirtschaft der Nachbarländer wurde dadurch beeinträchtigt. In einigen Mitgliedstaaten, die von der Pandemie besonders stark getroffen waren, wurden die Kapazitäten der Gesundheitssysteme überlastet, und viele Menschen sind gestorben, weil sie nicht angemessen behandelt werden konnten. In anderen EU-Staaten gab es freie Kapazitäten in den Krankenhäusern, die nicht genutzt wurden. Erst mit großer Verzögerung haben einige Mitgliedstaaten begonnen, schwer erkrankte Menschen aus anderen Mitgliedstaaten aufzunehmen.

Schwächen hat die EU auch bei der Versorgung der Bevölkerung mit Impfstoffen gezeigt. Sowohl die USA als auch das Vereinigte Königreich haben die Beschaffung und Verteilung der Impfstoffe deutlich besser organisiert und konnten ihre Bevölkerungen deshalb deutlich schneller impfen.

Gemeinsame Ursachen all dieser Probleme liegen in mangelnder Vorbereitung auf derartige Krisen und einer unklaren oder unnötig komplizierten Verteilung der Zuständigkeiten. Deshalb ist es dringend erforderlich, für künftige Pandemien Pläne zu entwickeln, die ein effektiveres Krisenmanagement erlauben und so zu mehr Resilienz führen. Dazu gehören eine bessere Datenerhebung und -teilung, um den Pandemieverlauf und die Wirksamkeit von Gegenmaßnahmen zu verstehen, schnellere und effektivere Interventionen zur Eindämmung von Pandemien, gezieltere Mobilitätskontrollen und mehr Handlungsfähigkeit bei der Beschaffung von Impfstoffen.

Für Mobilitätsbeschränkungen über nationale Grenzen hinweg und andere gesundheitspolitische Maßnahmen, die auf nationaler Ebene ergriffen werden, sollte es klare Regeln und Koordinierungsverfahren geben, die eine Ausbreitung der Pandemie schnell und entschlossen eindämmen, unnötige wirtschaftliche Schäden vermeiden und grenzüberschreitende Folgen nationalen politischen Handelns berücksichtigen. Es sollte EU-weite Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung vorhandener Krankenhauskapazitäten geben, so dass Überlastungen der Gesundheitssysteme einzelner Mitgliedstaaten verhindert werden. Für die

Entwicklung und Beschaffung von Impfstoffen sollte man sich auf Verfahren einigen, die schnelles und professionelles Handeln ermöglichen und unnötige Verzögerungen vermeiden. All dies sollte in einem europäischen Pandemieplan zusammengefasst werden.

EUROPA VERLIERT AN GEWICHT

Die Coronakrise hat darüber hinaus andere wirtschaftliche Entwicklungen in Europa verstärkt, die schon vor der Pandemie vorhanden waren. Das ist zum einen die wirtschaftliche Divergenz unter den Mitgliedstaaten. Mit Italien und Spanien haben zwei Länder einen besonders großen wirtschaftlichen Einbruch erlitten, die schon vor der Pandemie erhebliche ökonomische Probleme hatten. Die Staatsverschuldung und die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern ist in der Coronakrise massiv gestiegen, ausgehend von einem Niveau, das schon vor der Krise über dem europäischen Durchschnitt lag.

Ähnliches gilt für das Gewicht der EU in der globalen Wirtschaft. Es sinkt seit geraumer Zeit. Beispielsweise betrug der Anteil der heutigen EU-27-Staaten am globalen Bruttoinlandsprodukt bereinigt um Kaufkraftunterschiede im Jahr 2001 noch 20%, ebenso wie der Anteil der USA. China spielte als Wirtschaftsmacht noch eine deutlich geringere Rolle, mit einem Anteil von knapp 8% (vgl. Abb. 1). Knapp zwei Dekaden später und im Jahr vor der Coronakrise, 2019, lag der Anteil der EU an der globalen Wirtschaftsleistung nur noch bei 15,4%. Die EU lag damit knapp hinter den USA (15,9%). China hatte mit einem Anteil von 17,3% die beiden anderen Blöcke bereits hinter sich gelassen. Die Coronakrise beschleunigt diesen Prozess noch einmal. Im Jahr 2022 wird der Anteil Chinas nach aktuellen Prognosen bereits 19% betragen, die USA halten ihren Anteil knapp (15,8%), und die EU fällt auf 14,7% zurück.

EUROPA BRAUCHT EINE EIGENSTÄNDIGE GEOPOLITISCHE UND GEOÖKONOMISCHE STRATEGIE

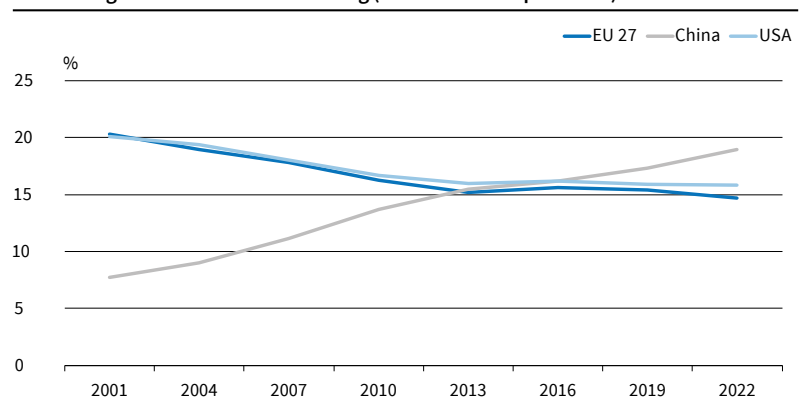
Angesichts dieser Entwicklung ist es naheliegend zu fragen, wie die EU einerseits die Dynamik ihrer Wirtschaft stärken und andererseits sicherstellen kann, dass die europäischen Interessen auf globaler Ebene angemessen vertreten werden. Dazu gehört die Entwicklung einer eigenständigen geopolitischen und geoökonomischen Strategie, die zwar auf Kooperation insbesondere mit den USA ausgerichtet ist, aber einseitige Abhängigkeiten der EU von den USA oder auch China abbaut, ohne wirtschaftliche Integration zu gefährden (Fuest 2021).

DURCH WIRTSCHAFTSPOLITISCHE REFORMEN WACHSTUMSKRÄFTE STÄRKEN

Zur Steigerung der wirtschaftlichen Dynamik in der EU ist es erforderlich, dass sich vor allem die am schwers-

Abb. 1

Anteil der globalen Wirtschaftsleistung (BIP in Kaufkraftparitäten)



Quelle: IWF WEO April 2021.

© ifo Institut

ten getroffenen Mitgliedstaaten wirtschaftlich schnell erholen. Der EU-Fonds Next Generation EU (NGEU) kann dazu beitragen, wenn die Mittel effektiv eingesetzt werden (Dorn und Fuest 2021). Letztlich wird es aber darauf ankommen, dass die Mitgliedstaaten durch wirtschaftspolitische Reformen ihre Wachstumskräfte stärken und im Bereich der öffentlichen Finanzen Wachstumsorientierung mit Konsolidierung verbinden, was Disziplin vor allem im Bereich konsumtiver Staatsausgaben erfordert.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE INTEGRATION VERTIEFEN

Seitens der EU besteht ein wichtiger Beitrag außerdem in der weiteren Vertiefung der wirtschaftlichen Integration. Dazu gehört der weitere Abbau von Hindernissen für grenzüberschreitendes wirtschaftliches Handeln. Das wird beispielsweise durch das Projekt der Europäischen Kapitalmarktunion ermöglicht. Wichtiger Teil einer Politik, die wirtschaftliche Integration in Europa fördert, ist außerdem eine Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich mit dem Ziel, die Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Austausches in Folge des Brexit möglichst gering zu halten.

Um die wirtschaftlichen Potenziale zu nutzen und Interessen der EU global erfolgreich vertreten zu können, ist es darüber hinaus wichtig, dass sich die EU stärker engagiert, um europäische öffentliche Güter bereitzustellen. Dabei geht es nicht pauschal um »mehr Europa«, sondern darum, Politikbereiche zu identifizieren, in denen europäische Bereitstellung öffentlicher Güter einen Mehrwert erzeugt. Das sind Politikbereiche, in denen die EU mehr leistet als die Mitgliedstaaten, wenn sie einzeln handeln. Dies kann dann zutreffen, wenn Größenvorteile wichtig sind oder Auswirkungender Politik eines einzelnen Landes andere Mitgliedstaaten stark beeinflussen.

Das gilt beispielsweise für weite Teile der Außenwirtschaftspolitik einschließlich der internationalen Rolle des Euro, die Außen- und Sicherheitspolitik und die militärische Beschaffung, die Entwicklungszusam-

menarbeit, die Cybersicherheit, die Klimapolitik sowie Teile der Forschung und Entwicklung sowie der Technologiepolitik. Vermehrte Bereitstellung europaweiter Güter auf europäischer Ebene erfordert von den Mitgliedstaaten einen gewissen Verzicht auf nationalstaatliche Souveränität. Sich dafür zu entscheiden, wird nicht allen Ländern leicht fallen, zumal die Verlagerung von Kompetenzen auf die europäische Ebene einen Verlust an Bürgernähe mit sich bringen und die demokratische Kontrolle politischen Handelns erschweren kann. Gleichzeitig ist nationale Souveränität in Politikbereichen wie beispielsweise der Außen- und Sicherheitspolitik ohnehin de facto kaum noch vorhanden, vor allem für kleinere Länder.

Neue Aktivitäten der EU in diesen Politikbereichen erfordern auch neue Finanzmittel. Die Debatte über neue EU-Eigenmittel ist langwierig und streitanfällig. Daher sollte man erweiterten Finanzbedarf

zunächst durch erhöhte BNE-Eigenmittel decken, also durch Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten, die proportional zu ihrer Wirtschaftskraft sind. Diese Mittel sollten die Mitgliedstaaten jedoch ohne Steuererhöhungen bereitstellen können, weil und soweit sie eigene Aktivitäten in den genannten Politikbereichen abbauen und insgesamt ein Effizienzgewinn erzielt wird (Fuest und Pisani-Ferry 2019).

REFERENZEN

Dorn, F. und C. Fuest (2021), »Next Generation EU: Chancen und Risiken des europäischen Fonds für die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Krise«, *Wirtschaftsdienst* 101, 78–81.

Fuest, C. (2021), »Europe's Strategic Autonomy Trap«, *Project Syndicate*, 27. Mai, verfügbar unter:

<https://www.project-syndicate.org/columnist/clemens-fuest>.

Fuest, C. und J. Pisani-Ferry (2019), »A Primer on Developing European Public Goods«, *EconPol Europe Policy Report* No 16, November.